

77. Kann jede Reichsmarkschuld, auch eine Wertschuld, dadurch gefilgt werden, daß der Nennbetrag in Reichsmark gezahlt wird? Gilt das auch dann, wenn die Kaufkraft der

¹⁾ Abgebr. in M. u. R. XXVI S. 193.

Reichsmark, z. B. nach den Reichs-Teuerungszichtzahlen, zur Zeit der Entstehung der Schuld höher war als im Zeitpunkt der Zahlung?

Munzgesetz vom 30. August 1924 (RGBl. II S. 254) §§ 3, 4, 5, 9.
Bankgesetz vom 30. August 1924 (RGBl. II S. 235) §§ 31, 52.

VII. Zivilsenat. Urf. v. 28. November 1930 i. S. Gewerkschaft
M. G. (Bekl.) w. Sch.-U. (Pl.). VII 627/29.

I. Landgericht Dortmund.

II. Oberlandesgericht Hamm.

Durch gemeinsamen Beschluß des Oberbergamts in D. und des Regierungspräsidenten in U. vom 26. Januar/13. Februar 1925 ist auf Antrag der Beklagten der Kläger für verpflichtet erklärt worden, nach Eintritt der Rechtskraft des Beschlusses eine 85,46 ar große Fläche seines Grundbesitzes in B. zum Bau einer Hafensbahn gegen eine Entschädigung von 25419 GM . nebst 8% Zinsen seit dem 11. Juli 1924 der Beklagten schulden- und lastenfrei abzutreten. Auf das Verfahren waren durch Staatsministerialbeschlu vom 15. Mai 1924 die Vorschriften des Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 26. Juli 1922 (GS. S. 211) für anwendbar erklärt und durch den Beschluß vom 28. Juni, zugestellt am 11. Juli 1924, war die Beklagte in den Besitz der Parzelle eingewiesen worden. Die Beklagte hat am 27. Juli 1925 die Entschädigungssumme mit 25528,50 RM . (einschließlich Zinsen) gezahlt. Im gegenwärtigen Rechtsstreit verlangte der Kläger ursprünglich eine weitere Entschädigung von mindestens 100000 RM . nebst gewissen Zinsen. Das Landgericht hat ihm durch Teilurteil vom 16. Mai 1927 eine weitere Entschädigung von 70614 RM . nebst — der Höhe nach gestaffelten — Zinsen seit dem 11. Juli 1924 zugesprochen, den Anspruch des Klägers auf Entschädigung wegen Lehmvorkommens abgewiesen und die Entscheidung über einen weiteren Posten der Klagerrechnung — betreffend Anlegung und Unterhaltung eines Durchlasses des B.er Baches — vorbehalten. Beide Parteien haben Berufung eingelegt. Vor dem Oberlandesgericht haben sie den Anspruch wegen des Bachdurchlasses für erledigt erklärt. Die Berufung des Klägers ist durch rechtskräftig gewordene Entscheidung zurückgewiesen worden. Der Berufungs-

antrag der Beklagten ging schließlich dahin, die Klage abzuweisen, soweit die Beklagte zur Zahlung von mehr als $4273 + 372 = 4645$ RM. nebst Zinsen verurteilt worden sei. Die Beklagte erklärte sich nämlich damit einverstanden, daß der Einheitsfa für den Wert des Grund und Bodens von 150 auf 200 RM. für das Ur erhöht, insoweit also $17092 - 12819 = 4273$ RM. mehr in die Rechnung eingestellt würden. Außerdem billigte sie dem Kläger für Land, das er zu einem Kulturweg verwenden mußte, statt 1500 RM. 1872 RM., also 372 RM. mehr zu. Jene 4273 RM. nebst Zinsen sind am 22. Juni 1927 gezahlt worden. Das Oberlandesgericht hat die Beklagte unter Abweisung des weitergehenden Anspruchs verurteilt, an den Kläger noch 31122 RM. nebst 4% Zinsen von 30750 RM. seit dem 11. Juli 1924 zu zahlen. Von den weiteren 372 RM. soll die Beklagte die gestaffelten Zinsen zahlen, wie sie im Urteil des Landgerichts festgesetzt worden sind.

Die Revision der Beklagten griff diese Entscheidung an, soweit sie ihr ungünstig ist. Sie führte in diesem Umfang zur Aufhebung und Zurückverweisung.

Gründe:

1. Die Revision richtet sich, wie die Revisionsklägerin in der mündlichen Verhandlung mit Recht erklärt hat, dagegen, daß die Beklagte verurteilt ist, noch 30750 RM. nebst Zinsen an den Kläger zu zahlen. Nur in diesem Punkt ist das Berufungsurteil der Beklagten ungünstig. Die 372 RM. nebst den gestaffelten Zinsen, welche die Beklagte noch weiter zahlen soll, gehören zu jenen 4645 RM., zu deren Zahlung bereits das Landgericht verurteilt hatte und auf welche sich der Berufungsantrag der Beklagten schließlich nicht mehr bezog. Die außerdem noch dazu gehörigen 4273 RM. sind inzwischen gezahlt worden. Der Berufungsrichter hat das bei seiner Berechnung berücksichtigt; deshalb hat er die Beklagte nicht mehr zur Zahlung dieser 4273 RM. nebst Zinsen verurteilt.

2. Gegen die Zulässigkeit des Rechtswegs und die Rechtzeitigkeit der Klagerhebung ergeben sich keine Bedenken, vgl. §§ 6 und 7 des Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 26. Juli 1922. Richtig ist auch, daß der Berufungsrichter als den für die Höhe der Entschädigung maßgebenden Stichtag den 11. Juli 1924 angesehen hat, den Tag, an welchem dem Kläger der Beschluf zugestellt worden ist, der die Beklagte in den Besi der zu enteignenden Fläche einwies.

Von diesem Tag an ist die Entschädigung nach § 6 Abs. 1 Satz 4 a. a. O. zu verzinsen, und der Beginn der Verzinsung entscheidet, wie der erkennende Senat bereits in RGZ. Bd. 69 S. 349 ausgesprochen hat.

3. Begründet sind aber die Angriffe, welche die Revision gegen die teils vom Oberlandesgericht selbst, teils mit dessen Billigung von den Sachverständigen vorgenommenen Umrechnungen erhebt. Die Sachverständigen haben den Grundstückswert in an sich zulässiger Weise nach Vergleichskaufen ermittelt, die in der Zeit von 1924 bis 1928 liegen. Das Grundstuckangebot, das der Kläger im Jahre 1917 gemacht hatte, haben sie als Unterlage für die Wertermittlung nicht berücksichtigt; sie haben es, wie sie selbst betonen, nur zur Klarstellung eines wirtschaftlichen Irrtums benutzt. Obwohl die Sachverständigen nun annehmen, daß schon Mitte 1924, trotz noch herrschender schwieriger Verhältnisse, die gezahlten Grundstuckpreise einen gerechten Maßstab für die Beurteilung der Wertverhältnisse bildeten, haben sie doch bei Würdigung der Vergleichskaufe aus den Jahren 1924 bis 1928 die Reichsmark — und die ihr gleichstehende Vorluferin, die Rentenmark, die im folgenden immer unter der Reichsmark mitverstanden wird — nicht als Währung, als feststehenden und gleichbleibenden Wertmaßstab behandelt, sondern sie haben in ihr verschiedene Wertmaßstäbe erblickt, die sie durch Umrechnen nach den Zeilerschen Geldwertzahlen, d. h. also nach den Reichs-Teuerungsrichtzahlen, auf die Friedensmark als den gemeinsamen Nenner zururckfuhrten. So sind die Sachverständigen dazu gelangt, den Grundstückswert und auch die übrigen Einzelposten der Entschädigungsforderung in Friedensmark festzustellen. Von der in Friedensmark ermittelten Gesamtforderung des Klägers haben sie und, ihnen folgend, das Oberlandesgericht die Zahlungen der Beklagten abgezogen, aber auch erst, nachdem sie diese an Hand der Reichs-Teuerungsrichtzahlen in Friedensmark umgerechnet hatten. Durch dieses Verfahren wird die Beklagte benachteiligt, wie schon folgende Überlegung zeigt. Legt man, mangels anderen Anhalts, die von den Sachverständigen berechnete Gesamtentschädigung von 40970 Friedensmark zugrunde, so hatte die Beklagte am 11. Juli 1924 bei einer Geldwertzahl von 1,28 52441,60 RM. zu zahlen. Sie hat am 27. Juli 1925 25528,50 RM. und am 22. Juni 1927 noch 4273 RM. auf die Hauptsumme gezahlt. Wenn Reichsmark gleich Reichsmark zu rechnen ist, konnte die Restschuld der Beklagten danach nur noch

22640 RM. betragen; der Berufungsrichter hat die Beklagte aber zur Zahlung von insgesamt noch 31122 RM. verurteilt, weil er die 25528,50 RM. nach der Reichs-Teuerungsrichtigkeit vom Juli 1925 (1,433) in 17814,72 Friedensmark und die 4273 RM. nach der Richtigkeit vom Juni 1927 (1,477) in 2893,03 Friedensmark umgerechnet und diese Beträge von den 40970 Friedensmark Entschädigungsforderung abgezogen hat. Den verbleibenden Rest von rund 20262 Friedensmark hat der Vorderrichter nach der für die Zeit des Urteilserrlasses maßgebenden Richtigkeit (1,536) umgerechnet und ist so zu den erwähnten 31122 Reichsmark gelangt. Welche weiteren Nachteile für die Beklagte sich etwa dadurch noch ergeben haben, daß die Vergleichspreise schon bei Ermittlung der Entschädigung in Friedensmark umgerechnet und überhaupt alle Einzelposten in Friedensmark festgestellt worden sind, kann unerörtert bleiben.

4. Daß Umrechnungsverfahren des Berufungsrichters ist nicht zu billigen. Die Reichsmark ist zu allen Zeiten ihres Bestehens dieselbe Reichsmark gewesen und geblieben. Jede Reichsmarkschuld konnte und kann durch Reichsmarkzahlung getilgt werden. Nur diese Auffassung entspricht der geltenden Munzgesetzgebung und ihrer tatsächlichen Herrschaft im Verkehr. Nach § 3 Abs. 1 des Munzgesetzes vom 30. August 1924 ist die Reichsmark gleich 1/1395 Pfund Feingold, genau wie nach §§ 1 und 2 des Gesetzes betr. die Ausprägung von Reichsgoldmunzen vom 4. Dezember 1871 (RGBl. S. 404), nach Art. 1 Abs. 1 des Munzgesetzes vom 9. Juli 1873 (RGBl. S. 233) und nach § 3 Abs. 1 des Munzgesetzes vom 1. Juni 1909 (RGBl. S. 507). Deshalb konnten auch die auf Grund der früheren Gesetze geprägten Reichsgoldmunzen als solche in die neue Reichsmarkwährung ubergenommen werden, vgl. § 4 des Gesetzes vom 30. August 1924. Die Reichsmark der neuen Währung ist danach daselbe, was man in den Zeiten der Papierwährung und der Inflation eine Goldmark genannt und als Rechnungsmark benutzt hat. Wer eine Reichsmark schuldet, schuldet 1/1395 Pfund Feingold, und wer 1395 Reichsmark zu fordern hat, wird durch den Empfang von einem Pfunde Feingold befriedigt. Auf die — in der Tat veränderliche — Kaufkraft des Goldes kommt es dabei nicht an, auch nicht bei den sog. Wertschulden, zu denen die Forderung des Klägers als Entschädigungsforderung an sich gehört. Ein Blick in die für die ganze Aufwertung und damit auch für die Umrechnung von Wert-

schulden grundlegende Entscheidung vom 28. November 1923 (RGZ. Bd. 107 S. 78) zeigt denn auch, daß für sie nicht die geänderte Kaufkraft der Goldmark ausschlaggebend war, sondern der Umstand, daß die in Gold nicht mehr einlosbare, im Verkehr aber ausschließlich maßgebende Papiermark eigene Wege gegangen war und ihren Wert beinahe völlig eingebüßt hatte. Das war der Grund dafür, daß die Wahrungsgesetzgebung hinter den gebieterischen Anforderungen von Treu und Glauben im Verkehr zurücktreten mußte. Aufgegeben wurde damals nicht eigentlich der Satz „Mark gleich Mark“, sondern der erst einen wirklichen Inhalt aufweisende Satz „Papiermark gleich Goldmark“.

Seit die Reichsmark eingeführt ist, hat es keine Papiermark im alten Sinne mehr gegeben. Zwar spielen die Reichsgoldmunzen heute im Verkehr noch keine Rolle, aber die sonstigen gesetzlichen Zahlungsmittel nach § 5 des Munzgesetzes vom 30. August 1924, d. h. die Reichsbanknoten und — in beschränktem Maße, § 9 a. a. O. — die Scheidemünzen haben seit der Neubefestigung der Währung stets die volle Zahlungskraft besessen, ihr Nennwert hat als Goldwert gegolten. Dasselbe war und ist der Fall bei den gesetzlich außerdem noch zugelassenen Zahlungsmitteln, wie z. B. bei den Noten der Privatbanken und den Rentenbankcheinen. Bei alledem hat es sich nicht um einen Zwangskurs im Inlande gehandelt; das beweist klar der Umstand, daß die Reichsbanknoten an den Börsen des Auslands — innerhalb der kleinen Schwankungen, denen alle wertbestandigen Währungen unterworfen sind — stets ihren Kurs gehalten haben, und zwar auch schon ehe — nach Erlaß des Berufungsurteils — die in § 31 des Bankgesetzes vom 30. August 1924 enthaltene Vorschrift über die Einlösung der Reichsbanknoten gemäß § 52 das. in Kraft gesetzt worden war (vgl. die Bekanntmachungen des Reichsbankdirektoriums vom 15. April 1930, des Reichswirtschaftsministers und des Reichsministers der Finanzen vom 17. April 1930, RGBl. II S. 691).

5. Der Kläger hat also die an ihn geleisteten Zahlungen in Geld erhalten, dessen Goldwert seinem Nennwert entsprach. Etwas Gegenteiliges hat weder der Berufungsrichter angenommen noch der Kläger behauptet. Ebenso sind die Preise der von den Sachverständigen herangezogenen Vergleichskaufe Reichsmarkpreise gewesen. Sie sind deshalb an sich unmittelbar miteinander vergleichbar,

wenn auch die besonderen Umstände einzelner Käufe eine sie beachtende Würdigung rechtfertigen mögen.

Alles das hat auch der Berufungsrichter nicht eigentlich verkannt. Seine Erwägungen beruhen darauf, daß die Reichsmark, obwohl Goldmark, doch zu den verschiedenen Zeiten ihres Bestehens eine verschiedene Kaufkraft gehabt hat. Die Richtigkeit dieser Tatsache ist schon oben zugegeben worden; sie vermag aber die vom Berufungsrichter daraus gezogenen Schlüsse nicht zu begründen.

Die Kaufkraft des Goldes ändert sich einmal, weil dieses nicht nur Wahrungsmetall, sondern auch Ware ist, dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegt und deshalb in seinem eigenen Werte, gemessen an dem der übrigen Waren, steigt und fällt; und sie ändert sich zweitens, weil die übrigen Waren, am Gold gemessen, in ihrem Werte steigen und fallen. Die Versuche, die jeweils eintretenden Wirkungen gesondert auf jede der beiden Ursachen zurückzuführen, haben als aussichtslos aufgegeben werden müssen, wie das Reichsgericht im Anschluß an Helfferich Das Geld 6. Aufl. S. 563 flg. schon in seinem Plenarbeschu vom 31. März 1925 (RGZ. Bd. 110 S. 373) anerkannt hat. Darauf kommt es übrigens hier nicht an. Ohne weiteres ist klar, daß die auf der Warenseite eintretenden Preisänderungen, vielfach hervorgerufen durch künstliche Eingriffe in den Warenumlauf, durch Steuern und Lasten ebenso wie durch Maßnahmen der Handelspolitik, die lösende Kraft einer Zahlung in Gold oder goldwertem Gelde nicht zu beeinträchtigen vermögen. Die Schwankungen aber, die das Gold in seinem eigenen Wert erleidet, dürfen nicht beachtet werden, weil das Gold trotz dieser Schwankungen zum Wahrungsmetall bestimmt worden ist. Sie sind in aller Regel nur gering und meist nur in längeren Zeiträumen von erheblicherem Gewicht. Die hierdurch bedingten Nachteile hat man bewußt in Kauf genommen, als die Goldwährung geschaffen wurde; sie können jetzt nicht zur Unterlage von besonderen Ansprüchen gemacht werden. Nachdem mit Einführung der Reichsmark wieder normale Zeiten eingetreten sind, muß der Gold- und Geldwert für den Verkehr wieder als gleichbleibend angesehen werden, wie das vor dem Kriege geschah. Auch damals war vielfach ein Sinken des Goldwertes zu beobachten; die sogenannten Erhöhungen der Beamtengehälter hatten wesentlich den Zweck, das gesunkene Realeinkommen wiederherzustellen. Trotzdem ist in jenen Zeiten nicht der Versuch gemacht worden, auch nicht bei Wertschulden,

Nennwertzahlungen in Gold oder goldgleichem Geld als unterwertig zu bemängeln.

Nur nebenbei sei bemerkt, daß nicht immer nur der Gläubiger begünstigt würde, wenn man die Kaufkraft des Geldes als jeweils maßgebend beachtete. Seit einiger Zeit fallen die Reichs-Leuerungszahlen; wir erleben unverkennbar ein allmähliches Wiederanstiegen der Kaufkraft des Geldes.

6. Der Vorderrichter beruft sich für seine von der hier vertretenen abweichende Ansicht auf die vom erkennenden Senat in seinen Entscheidungen RWB. Bd. 107 S. 228 und Bd. 109 S. 258 aufgestellten und seitdem in ständiger Rechtsprechung festgehaltenen Grundsätze. Er umschreibt sie dahin, daß eine in der Zeit zwischen dem maßgeblichen Stichtag der Enteignungsentschädigung und der Auszahlung der Entschädigungssumme eingetretene Verschlechterung der allgemeinen inneren Kaufkraft der Mark dem Enteigneten nicht zum Nachteil gereichen, daß dieser vielmehr Anspruch auf den Geldbetrag haben soll, der, gemessen an der allgemeinen inneren Kaufkraft der Mark, zur Zeit der Zahlung oder des Urteils dem für die Stichtzeit ermittelten Wert entspricht.

Bei Anwendung jener Grundsätze auf den vorliegenden Fall uberfieht jedoch das Oberlandesgericht, daß es sich in allen bisher vom Senat entschiedenen Fällen um Enteignungsentschadigungen aus der Papiermarkzeit gehandelt hat. Hier war eine Umrechnung in Reichsmark von vornherein notwendig, und dabei mußte auch die von ihrem Kurswert häufig recht verschiedene Kaufkraft der Papiermark berücksichtigt werden. Dann war es aber geboten, entsprechend bei der Reichsmark zu verfahren, alle ihre Eigenschaften und Beziehungen zu beachten, einschließlich ihrer Kaufkraft, und so, wie jene an dem jeweils maßgebenden Zeitpunkt vorhanden waren. Allgemein etwa die Verhältnisse vom 1. Januar 1924 zugrunde zu legen, wäre nicht angegangen, weil sie damals noch ungewöhnlich waren und weil z. B. in den überhohen Zinssätzen das Mißtrauen in den Bestand der Währung noch klar zutage trat.

Im gegenwärtigen Fall ist eine Enteignungsentschädigung für den 11. Juli 1924 zu ermitteln und sind Zahlungen zu beachten, die in den Jahren 1925 und 1927 geleistet wurden. Alles hat sich also in der Reichsmarkzeit abgespielt; die Reichsmark als Währung muß deshalb nach allen Richtungen hin maßgebend sein.

7. Nicht entgegen steht dieser Auffassung das Urteil des V. Zivilsenats vom 4. Juni 1930 V 16/29, worin eine von den Sachverständigen auch des gegenwärtigen Rechtsstreits in ähnlicher Weise wie jetzt angestellte Rechnung gebilligt worden ist. In dem dort entschiedenen Falle handelt es sich nämlich auch um eine durch Beschluß vom Sommer 1921 in Papiermark festgesetzte Entschädigung, bei der eine Umrechnung in Reichsmark vorgenommen werden mußte und dann in der geschilderten Weise bewirkt werden durfte.

8. Erwähnt mag endlich noch werden, daß die Frage, ob die Kaufkraft der Reichsmark zu berücksichtigen ist, auch in der Rechtsprechung über die eigentliche Aufwertung aufgeworfen wurde. Der V. Zivilsenat hatte sie bejaht (Zeiler Aufwfälle Nr. 1441), andere Senate hatten sie verneint, nämlich der I. (Zeiler a. a. O. Nr. 610 und Nr. 916), der II. (RGZ. Bd. 126 S. 399), der IV. (Zeiler Nr. 671), der VII. (Zeiler Nr. 1057) und der VI. Zivilsenat (Zeiler Nr. 972 und Nr. 1481). Neuerdings hat sich der VI. Zivilsenat wiederum mit der Frage beschäftigt. Er hat sie in seinem Urteil vom 16. Juni 1930 VI 559/29 (RGZ. Bd. 129 S. 208 = JW. 1930 S. 2413 Nr. 26) abermals verneint, nachdem der V. Zivilsenat — anscheinend übrigens nach Erlaß des vorstehend in Nr. 7 erwähnten Urteils — auf Anfrage erklärt hatte, daß er an seiner gegenteiligen Meinung nicht festhalten wolle.

9. Aus den vorstehenden Gründen muß das angefochtene Urteil in dem im Eingang erwähnten Umfang aufgehoben und die Sache insoweit zurückverwiesen werden. Dem Berufungsgericht wird es nunmehr obliegen, die Entschädigung in Reichsmark zu ermitteln und die geleisteten Reichsmarkzahlungen zu berücksichtigen, alles das ohne Ausschaltung der rechtlich geltenden und im Verkehr tatsächlich maßgebenden Reichsmarkwährung.